

sen. Sie investiert jedoch weiterhin in Konzerne aus dem Öl- und Gassektor.

Die Chancen stehen nicht schlecht, dass die Delegierten das Geld der Versicherten einmal klimafreundlicher anlegen: Die Klima-Allianz hat die 142 Kandidaten für die Delegiertenversammlung befragt, wie sie Anlagen in fossile Energieträger gegenüberstehen, mehr als

Geschäftsmodellen übergegangen sind, in-
nert fünf Jahren abtosseln soll.

Die Publica war nur der Anfang

Bei der Publica indessen ist man über die Aktion der Klima-Allianz irritiert: «Wir und verschiedene Kandidaten sind doch etwas befremdet über dieses Vorgehen. Zielführend ist es nicht», sagt

weiter. Heute Freitag wird die Klima-Allianz am Sitz der Publica in Bern ihre Wahlempfehlung veröffentlichen. Das war jedoch erst der Anfang. Ermutigt durch die Rückmeldungen der Kandidierenden, will die Klima-Allianz ihre neue Strategie künftig auch auf weitere Pensionskassen der öffentlichen Hand ausdehnen.

weitere. Heute Freitag wird die Klima-Allianz am Sitz der Publica in Bern ihre Wahlempfehlung veröffentlichen.

Das war jedoch erst der Anfang. Ermutigt durch die Rückmeldungen der Kandidierenden, will die Klima-Allianz ihre neue Strategie künftig auch auf weitere Pensionskassen der öffentlichen Hand ausdehnen.

«Unmut über ein Urteil wird rasch zum Unmut über das System»

Der Bundesrat will keinen Gegenvorschlag zur Selbstbestimmungsinitiative. Eine kluge Idee, findet ein Völkerrechtler.

Mit Oliver Diggelmann sprach Felix Schindler

Der Bundesrat verzichtet auf einen Gegenvorschlag zur Fremde-Richter-Initiative der SVP. Eine gute Idee?

Es ist konsequent und meiner Meinung nach in der Sache richtig. Der Bundesrat hält das Grundanliegen für verfehlt und will nicht den Eindruck erwecken, an ihm sei vielleicht doch etwas dran.

Die Initiative hat reelle Chancen. Braucht es da nicht etwas mehr als einfach eine Ablehnung?

Es fällt mir schwer, die Chancen einzuschätzen. Manche Initiativen sind ja schon durchgekommen, die bereits als erledigt galten, und Prognostiker hatten schon bessere Zeiten als gerade in dieser Woche. Die Eindeutigkeit der Rundumablehnung aber scheint mir richtig. Ein Gegenvorschlag heisst ja in den Augen vieler: Ein bisschen habt ihr doch recht.

Viele denken, dass die SVP recht hat und die Schweiz Autonomie verliert. Die Initiative will das Völkerrecht pauschal zurückdrängen, das heute austarierte Verhältnis von Völkerrecht und Landesrecht gewissermassen mit dem

Brecheisen aufknacken. Wenn man sie annimmt, wird man an den globalisierungsbedingten Autonomieeinbussen im Grundsatz nichts ändern. Dazu kommt das Handwerkliche. Im Text wimmelt es von Unklarheiten, die Sache ist nicht zu Ende gedacht.

Zum Beispiel?

Bei einem Widerspruch zwischen Verfassung und völkerrechtlichen Verpflichtungen soll der betreffende Vertrag «nötigenfalls» gekündigt werden. Was heisst das? Wann liegt ein Widerspruch vor und wie gross muss er sein? Wer entscheidet? Der Bundesrat, dem Kündigungen sonst obliegen? Das Parlament? Fragen über Fragen, alles unklar und wahrlich keine Details.

Grundsätzlich ist es doch nicht verkehrt, die Verfassung als oberste Rechtsquelle festzusetzen.

Man muss aufpassen. Ein Vorrang der Verfassung gegenüber völkerrechtlichen Bindungen ist im internationalen Vergleich zunächst nichts Besonderes. In den USA etwa stehen Verträge auf der Stufe von Gesetzen, wobei der jeweils



Oliver Diggelmann

Der Professor für Völkerrecht, Europarecht, Öffentliches Recht und Staatsphilosophie lehrt an der Universität Zürich.

neuere Akt vorgeht. In Österreich ist es gar so, dass nur die vom Nationalrat genehmigten Verträge Gesetzesrang haben. Die übrigen besitzen nur Verordnungsrang.

Warum soll es hierzulande dann ein Problem sein?

In den USA ist die Verfassung ein nahezu unverrückbarer Politikrahmen. Die letzte Änderung stammt von 1992. In die Verfassung kommt nur Verfassungswürdiges, etwa die Beschränkung des Präsidentenamtes auf zwei Amtsperioden. Wir hingegen schreiben mittels Volksinitiative auch Details zur Wegweisung von Ausländern in die Verfassung. Dinge, die man wichtig finden kann, die aber sicher nicht zum Politikrahmen gehören. Alltagspolitik eben. Wenn solches Vorrang bekommt, macht dies die eingegangenen völkerrechtlichen Bindungen instabiler und uns als Vertragspartner unberechenbar. Kurz: Die Initiative produziert Normkollisionen und Unsicherheit.

Völkerrechtliche Verträge bedrohten unsere Selbstbestimmung, sagen die Befürworter. Ist das falsch?

Nicht ganz, aber die Formulierung ist stark irreführend. Man könnte auch sagen: manipulativ. Richtig ist, dass wegen des wachsenden Netzes völkerrechtlicher Verträge Spielräume für autonome Lösungen verloren gehen. Bei der Anerkennung ausländischer Diplome etwa. Irreführend ist nun, dass man so tut, als sei das Völkerrecht das eigentliche Problem. Man schlägt den Sack und meint den Esel. Das Völkerrecht ist ja meist nur

das Mittel zur Lösung von Problemen, die wir allein nicht lösen können. Ich bestreite nicht, dass das wachsende Netz die Substanz der staatlichen Demokratie tendenziell ausdünn. Für uns Schweizer ist das nicht leicht zu verkraften und ist sicher kein Grund für Fröhlichkeit. Man sollte das nicht banalisieren.

Warum sollte man das trotzdem hinnehmen?

Man muss EGMR und EMRK in einer historischen Langzeitperspektive anschauen, Europa als Ganzes. Den langen Weg zu fairen modernen rechtsstaatlichen Verfahren, zu menschlicheren Haftbedingungen, zu einer kritischen Presse. Irritationen über einzelne Urteile relativieren sich in einer solchen Perspektive. Für uns Menschen ragt die Gegenwart immer emotional heraus. Da wird Unmut über ein Urteil manchmal rasch zu Unmut über das System. Vor allem in einem Teil des politischen Spektrums.

Sie meinen den rechten Teil des politischen Spektrums?

Den rechtsnationalen. Er schürt heute systematisch Misstrauen gegen die politische Elite und beschädigt damit eine Ressource, auf die jedes Land für sein Funktionieren angewiesen ist. Vertrauen in Eliten ist wichtig für die Loyalität gegenüber den Institutionen. Das Bizarre an dieser stereotypen Elitenkritik ist, dass die SVP dieser Elite wie alle anderen grossen Parteien im Land angehört. Seit einem Jahrhundert ist sie ununterbrochen in der Regierung.

Schlagnahme aufgeben.
2013 hinterlegte Stoffer Muttergesellschaft bei seinem Anwalt. Die hinterlegung» diene als etwaige Steuerschulde Bussen», wie es im der «vorliegenden Vertrag» und seinen mutmasslich heisst. Zu ihnen gehören kantonale Steuerämter und Zürichs sowie jene len Stoffel «mutmasslichen» in der Höhe von Laut Stoffel hätten den gen für die Jahre 2003 Vergehen zutage gebracht: Unsere Revisionsstellen all der Jahre diese Unter gleitet und attestiert, «vorbehaltslos korrekt ge Frage, ob sein Projekt v rungen gefährdet sei, sa ein durch und durch nehmen.» Dabei würde lungen für latente Steu

Nachrichten

Entwicklungshilfe Unterstützung für Moçambique eingeleitet

Die Schweiz hat ihre Unterstützung für Moçambique eingestellt. Gekürzter Milliardendeal, in Credit Suisse verwickelt, wann die Hilfe wieder ausströmen wird. Das schreibt der Bundesrat auf eine Interpellation an den Nationalrat Carlo Sommariva.

Flüchtlinge Erneut weniger Asylanträge im Oktober

2016 Gesuche sind im Vergleich mit dem Vorjahr um 10 Prozent zurückgegangen. Im September. Ein Jahr zuvor doppelte sich die Zahl der Asylanträge vor allem die Zahl der Flüchtlinge aus Afghanistan, die die Staatssekretäre für Migration und Asyl schreiben. Es führt die Diskussion der Balkanroute zu